

# Die portugiesischen Eigenheiten

Vom Memorandum of (Mis-)Understanding zur Verständigung auf den Wandel<sup>1</sup>

Luis Lopes, Margarida Antunes<sup>2</sup>

## Einleitung

Portugal ist ein Einzelfall bei den finanziellen Hilfsprogrammen der Eurozone. Die europäischen Institutionen und der Internationale Währungsfonds (IWF) fanden in der portugiesischen Rechtskoalition<sup>3</sup> den Idealpartner für die Umsetzung des „Memorandum of Understanding“. Im Laufe der letzten drei Jahre wurde die wechselseitige Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten evident. Die Troika fand in der Regierung, die ideologisch und ohne Einschränkungen Anhängerin der im Memorandum entworfenen Politik war, ihr Gegenüber. Für die Regierung stellte das Memorandum eine Gelegenheit für die Verfolgung einer Politik dar, die sie in einem anderen Kontext so nie gewagt hätte und die sich der gemeine Bürger niemals hätte vorstellen können. Sie positionierte sich so, dass sie im Sinne einer noch weiteren neoliberalen Akzentuierung „über das Memorandum hinausgehen“ wollte (Mota u.a. 2012).

Die Art des Regierens hinterließ wirtschaftliche und soziale Verwüstungen, die über die mittlere Frist hinaus andauern werden. Trotzdem ging die Rechtskoalition aus den jüngsten Wahlen im Oktober 2015, als die politische Kraft mit den meisten Stimmen hervor. Diesem Wahlergebnis stand allerdings ein entscheidender Fakt gegenüber: Mehrheitlich stimmten die PortugiesInnen für Parteien, die sich gegen die bislang verfolgten Wirtschaftspolitiken stellten.

Der Wille dieser Parteien, dem durch die Troika auferlegten und von der Rechtskoalition gewünschten Politikregime ein Ende zu setzen, brachte sie dazu, ihre Differenzen zu minimieren, um eine im politischen Rahmen Portugals gemeinsame und neuartige Plattform zu etablieren und um das Land wieder im Sinne der BürgerInnen zu regieren.

In diesem Beitrag geht es darum, den Kontext der Entstehung dieser neuartigen portugiesischen politischen Erfahrung auf Grund seiner Eigenheiten, aber auch auf Grund des symbolischen Wertes, die sie für die Europäische Union haben könnte, zu reflektieren.

## Die Wunden des portugiesischen „Strukturanpassungsprozesses“

Zwischen 2011 und 2014 unterlag Portugal einem „Strukturanpassungsprogramm“ im Kontext der Eurozone. Dessen großes explizites Ziel war die „Budgetkonsolidierung“. Was wurde in dieser Hinsicht erreicht? Das Verhältnis Budgetdefizit/BIP veränderte sich von 11,2% im Jahr 2010 auf 4,5% im Jahr 2014. Dieser Wert liegt deutlich unter der ursprünglich avisierten Zielvorstellung von 2,3%. Das Verhältnis öffentliche Schuld/BIP ist substantiell gestiegen. Das Memorandum hatte einen Anstieg von 22 Prozentpunkten angenommen, herausgekommen sind aber real 34 Prozentpunkte. 2014 entsprach die öffentliche Verschuldung 130% des BIP. Es trifft zwar zu, dass die Zinssätze für die öffentlichen Verschuldung gesunken sind, aber dies hat mehr mit der Intervention der Europäischen Zentralbank (EZB) auf den Sekundärmärkten, als mit Verbesserung der Haltung der Fi-

nanzakteure und der Ratingagenturen zu tun. Portugal hatte öffentliche Schuldtitel mit schlechten Ratings und Luxuszinssätzen, was ein Widerspruch im gegenwärtigen Operationsmodus der Finanzmärkte ist, den jedoch niemand infrage stellt.

Diese Resultate sind weit davon entfernt, die Jubelmeldungen der europäischen Institutionen zum portugiesischen Anpassungsprozess zu rechtfertigen. Heute ist bekannt, dass der „saubere Ausstieg“ aus dem Programm penibel zur Lasten der Lösung einiger gravierender Probleme im portugiesischen Finanzsystem, die erst später publik wurden, inszeniert wurde.

Eine umfassendere Analyse deckt rasch gravierende wirtschaftliche und soziale Folgen auf, die strukturelle Spuren hinterlassen werden. Die Abwertung der Arbeit ist wohl die gravierendste. Die Arbeitslosenquote ist sicher nicht der beste Maßstab. Sie stieg aber von 12,9% im Jahr 2011 auf 14,1% im Jahr 2014. Im Jahr 2013 erreichte sie allerdings mit 16,4% einen Höhepunkt. Wenn man allerdings die Arbeitslosigkeit auf die Arbeitsstunden bezieht und die inaktive, aber disponible Bevölkerung in die Berechnung einbezieht, käme man für 2014 auf eine Arbeitslosenrate von etwa 21%. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist ein Indikator für die Schwierigkeiten, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Dieser Indikator hat sich verschlechtert. Der Anteil der Arbeitssuchenden, die mehr als 12 Monate arbeitslos sind, stieg um 10 Prozentpunkte und der mehr als 24 Monate einen Arbeitsplatz Suchenden um etwa 15 Prozentpunkte. Die soziale Lage dieser Gruppen hat sich weiter verschärft, da die Arbeitslosenunterstützung durch das Memorandum reduziert wurde. Die Unterstützung für Arbeitslose wurde einer doppelten Bedingung unterworfen: Einerseits wurde sie als eine zu reduzierende Staatsausgabe angesehen, andererseits sollte die Arbeitslosenunterstützung statt als Ersatzzahlungen im Fall des Verlustes des Arbeitsplatzes in eine Unterstützung für die Arbeitsplatzsuche umgewandelt werden. Diese beiden Aspekte führten zu einer Minderung der maximalen Arbeitslosenunterstützung und der Periode der möglichen Inanspruchnahme.

Die Löhne litten ebenfalls stark – und zwar nicht allein durch die Kürzungen der Gehälter der öffentlichen Bediensteten ab dem Jahr 2011, sondern auch allgemeiner durch die Politik der inneren Abwertung, die explizit die Löhne als Kostenfaktor ansieht. Der Anteil der Löhne an den Einkommen, der in den vorhergehenden beiden Jahrzehnten nicht sehr stark zurückgegangen war, fiel zwischen 2010 und 2014 um 3,6 Prozentpunkte. Der Anteil der ArbeiterInnen, die nur den Mindestlohn erhalten, hat sich fast verdoppelt. Die Verschärfung der Lohnprekarität hängt teilweise mit der zunehmenden vertraglichen Prekarität zusammen. Eine vertragliche Vielfalt ist aus der Beschäftigungspolitik gefolgt, deren Logik über eine Maximierung von Gewinnen und sozialen Minima die Schaffung von Beschäftigung niedriger Qualität und niedriger Entlohnung anzuregen. Über die für viele Beschäftigte zunehmende Einkommensinstabilität hinaus haben alle Beschäftigten an Beschäftigungssicherheit durch die Erleichterung individueller Entlassung und durch die Minderung der Abfertigungen im Kündigungsfall eingebüßt.

Eine weitere strukturierende Wirkung der Wirtschaftspolitik ist in verschiedener Hinsicht die Entwertung der Staatlichkeit. Die öffentlichen Investitionen haben sich in Bezug auf das BIP seit 2009 halbiert. Ein weiterer Punkt sind die Privatisierungen, die als essenziell für die Minderung des Gewichtes des Staates in der Wirtschaft und für die Stärkung von Konkurrenz und Effektivität gesehen wurden. Sie brachten mehr als das Doppelte dessen ein, was im Memorandum vorgesehen gewesen war. Bei den öffentlichen Dienstleistungen ist aber die Qualität sowohl im Zugang als auch bei der Leistungserbringung, speziell auf den Gebieten der Bildung, der Gesundheit und der sozialen Sicherheit zu-

rückgegangen. Dies ging Hand in Hand mit einer Kommerzialisierung dieser Dienstleistungen wie auch mit einer Aufgabenübertragung an den Privatsektor. Das gibt Anlass zur Vermutung, dass die Verschlechterung des staatlichen Images gerade durch die Intention eine Präsenz des Privatsektors in diesen Dienstleistungen durchzusetzen, motiviert war.

Diese Maßnahmen, die als Ausnahmemassnahmen präsentiert wurden, werden eine Hysterisis-Wirkung entfalten, welche die Wachstumsfähigkeit der Wirtschaft durch die Konsequenzen für die öffentlichen Infrastrukturen und Dienste infrage stellen. Letztere wurde in der Zeit der Troika-Maßnahmen um 20% abgesenkt und die Aussichten auf eine kurzfristige Erholung sind nicht rosig, denn die Unternehmen befinden sich in einem Prozess des Deleveraging, da auf sie mehr als die Hälfte der portugiesischen Schulden entfällt.

Diese Struktureffekte kamen zu den vielen anderen Problemen hinzu, die nicht Gegenstand der Sorgen der europäischen Institutionen und des IWF waren. Der offensichtlichste Fall ist die produktive Struktur, welche dieselben Verwundbarkeiten wie in der Vergangenheit aufweist – und dies in einem sich verschlechternden internationalen Umfeld. 2014 entfielen auf die Hochtechnologieindustrien nur 6,9% der Exporte, während ihr Anteil 2004 noch bei 12,4% lag. Wie vor einem Jahrzehnt machen Exporte der Niedrigtechnologieindustrien ein Drittel der Ausfuhren aus.

### **Reflexionen über das Wahlergebnis**

Bei den Wahlen im Oktober 2015 gewann die Rechtskoalition 107 von 230 Sitzen. Die zweitstärkste Partei, der Partido Socialista, kam nur auf 85 Sitze, der Bloco de Esquerda (BE) auf 19 und der Partido Comunista Português (PCP) in einer Koalition mit dem der ökologischen Partei „Os Verdes“ auf 17 Mandate. Diese Ergebnisse erscheinen kaum vorstellbar, wenn man bedenkt, wie stark die Austeritätsmaßnahmen die PortugiesInnen als ArbeiterInnen, PensionistInnen, KonsumentInnen, ProduzentInnen und StaatsbürgerInnen trafen. Wie kann man diese Ergebnisse erklären?

An erster Stelle gab es Schwierigkeiten beim PS, seine WählerInnenschaft zu identifizieren, auf die er sich – auf der Linken oder auf der Rechten – konzentrieren wollte. Der PS ist eine Partei, die regierungsfähig sein will, die allen europäischen Verpflichtungen nachkommen will und, darüber hinaus, eindeutig auf die Mitgliedschaft in der Eurozone festgelegt ist. Eine sozialistische Regierung hatte sich für eine Teilnahme Portugals an der Gründungsgruppe der Eurozone entschieden und hatte eine Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Erfüllung der Konvergenzkriterien verfolgt, eine spätere sozialistische Regierung beantragte 2011 das Hilfsprogramm und unterzeichnete zusammen mit den Rechtsparteien, die spätere Koalitionsregierung bildeten und während der Troika-Zeit regierten, das Memorandum.

Es ist ziemlich symptomatisch, dass der PS weder einen Text produziert noch eine Debatte initiiert hat, die sich mit den Ursachen der europäischen Krise, der Verantwortung der europäischen Institutionen für ihre Vertiefung und mit ihren Folgen für Portugal auseinander gesetzt hätte. Dies ist umso befremdlicher, als eine solche Haltung auf den PS selbst zurückwirken konnte, da sie schließlich selbst zu Ausbruch der Krise an der Regierung gewesen war. Und genau dieser Fall trat auch ein. Von rechts kam Kritik, weil der PS und nicht die Europäische Union als verantwortlich für die Krise gesehen wurde. Von weiter links – von dem PCP, den Grünen und dem BE – kamen Anschuldigungen, weil der PS auf einer Linie mit der Europäischen Union und als Garant der europäischen Verpflichtungen gesehen wurde.

Sein Wahlprogramm spiegelte diese Unbestimmtheit wider. Es setzte sich – abgesehen von einer Lockerung einiger Austeritätsmaßnahmen, der Verabschiedung von Stimuli auf der Nachfrageseite und von Maßnahmen zur Erhaltung des Sozialstaates – kaum von der Rechtskoalition ab. Als Basis für das makroökonomische Szenario übernahm der PS in seinem Wahlprogramm aber das entsprechende Szenario der Europäischen Kommission. Allerdings ist zu unterstreichen, dass sich die Politikform des PS im Hinblick auf seine humanistische Vision klar von der politischen Praxis und der „Gewalt“ der Rechtskoalition unterscheidet.

Mit einer solchen Haltung konnte sich der PS nicht seiner traditionellen Mitte-Links-WählerInnenschaft versichern und noch weniger Stimmen zu seiner Linken gewinnen. Am Ende der Wahlkampagne versuchte der PS zwar, sich an diese WählerInnenschaft zu wenden. Er war hierbei aber wenig überzeugend, und es war dabei auch zu spät. Befremdlicher Weise konnte er aber auch keine WählerInnen von Mitte-Rechts gewinnen. Diese verschanzten sich hinter der Propaganda gegen die öffentliche Ausgabenpolitik und fürchteten, dass die Makel der keynesianischen Politik des PS nur zu einem neuen Rettungspaket führen würden.

Neben diesen ideologisch definierten WählerInnengruppen gelang es dem PS auch nicht, jene zu erreichen, die den Glauben an die Demokratie, an die Politik und die Möglichkeiten des Wandels verloren hatten. Diese Gruppe ist in den letzten vier Jahren stark angewachsen.

Hinzu kamen beim PS noch einige weitere, von der Partei selbst vorgenommene Unterschätzungen: zum Beispiel in Hinblick auf das Antreten der Rechten als Koalition und nicht, wie in der Vergangenheit, als Einzelparteien; hinsichtlich der ideologischen Unbestimmtheit der europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die sich nicht von der dominanten neoliberalen Matrix unterschieden; und in Hinblick auf die politische Fähigkeit der Rechtskoalition einen derart aggressiven Wahlkampf zu führen.

Zweitens sind beim Wahlergebnis die Mechanismen der Machtausübung sowohl durch die portugiesische Regierung (auch in Hinblick auf die Massenmedien), als auch durch die europäischen Institutionen, die sich in den aggressiven Wahlkampf einfügten, anzuführen. Über das Jahr 2015 hinweg orchestrierte die Regierung sorgsam eine Wahlstrategie, die als einen ihrer Pfeiler die Kontrolle der Massenmedien hatte. Dieser Aspekt betraf die AnalystInnen, wie auch das Timing, die Form und den Inhalt ausgewählter Meldungen. Es wurden vorher ausgearbeitete Themen „öffentlich“ in Debattenforen platziert. Zudem ist nicht zu unterschätzen, dass die Massenmedien über die Interessen der ihnen zugrundeliegenden Wirtschaftsgruppen im selben Sinne wie die Regierung arbeiteten. In dieses Feld fallen auch die Arbeit in sozialen Netzwerken und die Think Tanks.

An zwei Beispielen soll die Wirkungsweise dieser Mechanismen illustriert werden. Einige Wirtschaftsindikatoren, wie das Wirtschaftswachstum und die registrierte Arbeitslosigkeit, zeigten in den offiziellen Statistiken bis zum Wahltag Besserung, um sich unmittelbar danach zu verschlechtern. Die demagogische Kampagne der Regierung war derart explizit, dass sie für 2016 den Familien eine steuerliche Rückerstattung versprach, die nach Wahlen, laut der Regierung, aber nicht mehr möglich wäre.

Für die europäischen Institutionen war ein Wahlsieg der Rechtskoalition bei den Wahlen essenziell. Da sie Portugal als einen Erfolgsfall betrachteten, war es in ihren eigenen Interessen, dass dieser eine Bestätigung an den Urnen erhalte. Dies hätte auch die Widerlegung der Vorstellung bedeutet, dass die europäischen Institutionen und Regierungen gegen die BürgerInnen und zugunsten der Finanzmärkte regierten. Daher gab es wäh-

rend des gesamten Wahlkampfes klare Unterstützungssignale dieser Institutionen für die portugiesische Regierung, die durch die Massenmedien noch verstärkt wurden. Hinzu kommt die Positionierung der Ratingagenturen, von denen eine das Rating der öffentlichen Schuld wenige Tage vor den Wahlen heraufsetzte und dabei die Notwendigkeit einer Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik unterstrich.

Und schließlich ist noch das weitgehende Fehlen und die weitgehende Stille der Gewerkschaftsverbände in der zweiten Hälfte der Umsetzung des Memorandums in Rechnung zu stellen. 2011 und 2012 waren die sozialen Proteste sehr sichtbar und füllten Kundgebungen die Straßen. Die beiden Gewerkschaftsdachverbände – die CGTP (der PCP nahe stehend) und die UGT (der PS bzw. PSD nahe stehend) – organisierten gemeinsam drei Generalstreiks, was mehr als zwanzig Jahre lang nicht vorgekommen war. Erstaunlich mag erscheinen, dass danach fast nichts passierte. Die sozialen Bewegungen, die aus der Zivilgesellschaft hervorgegangen waren und bedeutsam für die Proteste waren, und die Gewerkschaftsverbände scheinen ihre Mobilisierungskapazität eingebüßt zu haben.

Warum gibt es dieses gesellschaftliche Schweigen? Aus Angst vor Vergeltungen, wegen der Schwierigkeiten, Arbeitskämpfe wirtschaftlich durchzustehen, wegen des Glaubens, dass eine andere Wirtschaftspolitik nicht möglich ist, oder aus dem Vertrauensverlust in Demokratie und Politik heraus? Wenn man sich auf der Straße umhört, stimmen alle erwähnten Erklärungen. Nicht einmal die Parteien, die ihre Genese in den sozialen Bewegungen auf der Straße hatten, konnten sich gegen diese Mechanismen zur Wehr setzen. Bei diesen Einstellungen spielen wiederum die Massenmedien eine zentrale Rolle. Gegen dieses Schweigen blieben nur der PCP und der BE: eine anti-europäische Position durch den PCP und eine Positionierung für ein anderes Europa durch den BE.

### **Die Brücken nach Links zu einer wirtschaftlichen und sozialen Neuausrichtung**

So seltsam dies erscheinen mag, die Wahlgewinne der Parteien links des PS sind die Grundlage, auf deren Basis die Idee eines linken Übereinkommens entstand und eine Regierung des PS mit parlamentarischer Unterstützung des BE, des PCP und „Os Verdes“ resultierte. Nach den Wahlergebnissen war dem PS die Notwendigkeit einer Adjustierung seiner politischen Referenzposition klar. Hierbei kam dem derzeitigen Premierminister, António Costa, eine Schlüsselrolle zu. Er ist ein Mann von Mitte-Links im PS und hat ein großes Verhandlungsgeschick und Sinn für die Staatsraison, was er mehrfach unter Beweis stellte und auch von der Rechten anerkannt wird.

Für den PS war es daher unerlässlich zu zeigen, dass er fähig ist, einen Wandel auf der Linken einzuleiten und eine Transformation in ein Äquivalent zur griechischen Pasok und damit ein Verschwinden als relevanter Kraft auf der politischen Bühne zu vermeiden. Auch wenn der PS keine totale Umkehrung der Wirtschaftspolitik versichern konnte, bot er für die als radikal bezeichnete Linke eine andere Form des Politikmachens und eine andere Prioritätenordnung bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für diese politischen Kräfte vermied ein Abkommen mit dem PS, dass sie beschuldigt werden konnten, ihrer politischen Verantwortung in einer Konstellation, bei der eine Fortsetzung der rechten Politik drohte, nicht gerecht zu werden. Es gab den Willen der vier politischen Parteien, ein Abkommen zu treffen, wechselseitige Konzessionen zu machen und Punkte der Konvergenz zu finden, um die Einheit der Linken zu garantieren. Hierbei gab es ein klar definiertes Ziel: der Rechtsregierung ein Ende setzen, die von Anfang an ihren Willen erklärt hatte, über die Forderungen der Troika hinauszugehen, um das am stärksten neoliberale Modell in Europa zu etablieren.

Eine allzu linke Politik ist in diesem Kontext nicht zu erwarten. Wie der Sozialdemokrat José Pacheco Pereira (2016), eine der besten Analytiker der portugiesischen Gesellschaft, hervorhebt, hat sich die portugiesische Politik nach rechts verlagert und lässt links nur wenige Räume. So steht für ihn Papst Franziskus weiter links als die radikale portugiesische Linke. Die Rechtswende des PSD habe dazu geführt, dass „die äußerst gemäßigte Linke als bolschewistisch und mit gefletschten Zähnen erscheint“.

Obwohl einer solchen Regierungskonstellation bereits entsprechende Willenserklärungen von PCP und BE im Wahlkampf vorausgegangen waren, wurde sie von der portugiesischen Gesellschaft doch mit Überraschung aufgenommen. Denn es hatte bereits in der Vergangenheit derartige rechnerische parlamentarische Mehrheiten der Linken gegeben, doch niemals zuvor waren die Bedingungen für eine solche Regierungsbildung gegeben. Es scheint, dass der Präsident selbst nicht an ein derartiges Szenario gedacht hatte. Von Anfang an zeigte er sich gegenüber der Amtsübernahme dieser Regierung sehr unwillig. Er hat hartnäckig einer rechten Minderheitsregierung den Vorzug gegeben, obwohl er nach und nach die politische Stabilität zur Priorität machte. Die vorgebrachten Argumente verletzen die Demokratie. Da er PCP und BE nicht als auf einer Linie mit der aktuellen Eurozone sah und weil er die Signale an die Finanzmärkte fürchtete, schloss der Präsident die beiden Parteien aus einer Regierungslösung aus. Dieses Verhalten war eine explizite Anerkennung des Mangels an Demokratie in der Europäischen Union und, statt sich dieser Tendenz entgegenzustellen, fügte er sich ohne Debatte in diese Konstellation ein, als ob das Teil der Normalität wäre. Selbst wenn der Präsident seine Haltung geändert hat, sind seine Worte gefallen. Und deren Wirkungen sind noch nicht absehbar. Mit ihnen können eventuelle Reaktionen der Finanzmärkte oder Positionierungen der europäischen Institutionen gegenüber der Linksregierung in Portugal legitimiert werden. An dem Tag, an dem die Regierung angelobt wurde, zeigte die Europäische Kommission ihre Besorgnis, indem sie rasch den Finanzminister kontaktierte, um seine „Intentionen“ in Erfahrung zu bringen.

Tatsache ist, dass der PS vor der Regierungsbildung und auch heute in der Regierung immer erklärt hat, den europäischen Verpflichtungen nachzukommen. Daher gibt es keinen Spielraum für alternative Politikansätze, die einen Bruch implizieren. Es ist nicht einmal eine expansive Budgetpolitik möglich, die das Land objektiv nötig hat. Die Quasi-Stagnation der wichtigsten Handelspartner macht auch eine anhaltende Produktionssteigerung über den Export unmöglich. Über das Problem seines hohen Verschuldungsgrades hinaus hat der Privatsektor mangels einer ausreichenden aggregierten Nachfrage auch keinen Anreiz für neue Investitionen.

Trotz allem finden sich im Regierungsprogramm des PS einige Ansätze zur Erhöhung der Einkommen der PortugiesInnen oder, genauer, der Wiedererlangung der Einkommensniveaus vor der Krise. In dieser Hinsicht unterscheidet es sich vom europäischen Kontext, da es Stimulierungsmaßnahmen auf der Nachfrageseite setzt. Einige dieser Maßnahmen waren bereits im PS-Wahlprogramm zu finden, das sich hierdurch vom Programm der Rechtskoalition unterscheidet. Als Frucht des linken Kompromisses diese Maßnahmen in umfassenderer Form Teil des Regierungsprogramms und des Budgetvoranschlags für 2016. Zu ihnen zählen unter anderem eine schnellere Erholung der Gehälter der öffentlichen Bediensteten, eine schnellere Abschaffung des steuerlichen Zuschlags auf die Familieneinkommen, der 2011 eingeführt worden war, ohne Teil des Memorandums zu sein. Auch die Erhöhung des Mindestlohnes, zu der sich das PS-Wahlprogramm nicht explizit äußerte, die Aktualisierung bestimmter Pensionen, die 2010 suspendiert worden

war, die Wiedererreichung des Niveaus von 2011 bei einigen Sozialleistungen, die Herstellung der früheren Zustände bei Zugangsbedingungen und Leistungserstellung bei den sozialen Dienstleistungen sowie eine höhere Beschäftigungsstabilität im öffentlichen und privaten Sektor gehören zu diesen Maßnahmen. Privatisierungen und Konzessionsvergaben an den Privatsektor wurden suspendiert. Die Konzessionsvergabe im öffentlichen Nahverkehr wurde bereits annulliert. Weiters wurde auch ein Teil der Privatisierung der portugiesischen Fluggesellschaft TAP rückgängig gemacht.

Kurioser Weise können die Beschränkungen politischer Natur zu einer Verfestigung der Beziehungen zwischen den Linksparteien führen. Die Regierung des PS kann viele der Austeritätsmaßnahmen der Rechtskoalition, die teils blind eingeführt worden waren, nur von Fall zu Fall eliminieren. Es wird selbst große Schwierigkeiten bereiten, eine langsame Erholung der finanziellen Situation der Familien und der Qualität der Dienstleistungen auf den Vorkrisenstand zu erreichen. Die etablierten Interessen, die in der Vergangenheit vernichteten Ressourcen, die Fortwirkungen der bisherigen Politiken und die Widerstände des rechten PS-Flügels werden anzugehende Hindernisse darstellen. Es wird Jahre dauern, das Gesundheits- oder Bildungssystem wieder auf einen guten Stand zu bringen.

### **Schlussfolgerungen**

Die Aufgabe, die die PS-Regierung erwartet, ist nicht einfach. Dessen ist sich der Premierminister António Costa bewusst, wenn er herausstreicht, dass „die Politik zu verändern Spannungen impliziert“. Die FührerInnen der vier Linksparteien sehen es als ihre Aufgabe so schnell wie möglich das soziale Gewebe wiederherzustellen, wie es vor der Krise existierte. Hierbei werden sie durch die institutionelle Architektur der EU konditioniert und sehen sich der Opposition einer Rechten gegenüber, die um jeden Preis die Macht wieder erlangen will. Mit ihrer konstruktiven Haltung erteilen die Linkskräfte mit einer verantwortlichen Politik, die objektiv mitte-links, ein bisschen, aber nicht sehr weit links vom PS-Programm ist, Europa eine Lektion. So sollen die europäischen Institutionen sie doch regieren lassen.

Diese portugiesische Regierung wird wegen ihrer politischen Wirkung auf bestimmte Länder der Eurozone einige Befürchtungen in der Europäischen Union auslösen. Das ist bereits in Spanien der Fall, was, falls es zu einer Wiederholung der portugiesischen Konstellation käme, die Strategie der europäischen Institutionen aufmischen und möglicherweise Bedingungen schaffen könnte, um eine Bresche in den bestehenden, institutionellen Rahmen zu schlagen.

### **Literatur**

Mota, Júlio/Lopes, Luís/Antunes, Margarida (2012) The Portuguese Economy at the crossroads of the euro and globalization. In: Herr, Hansjörg/Torsten Niechoj,/Claus Thomasberger/Achim Truger/Till van Treeck (Hg.): From crisis to growth? The challenge of debt and imbalances, Marburg, 463–483.

Pacheco Pereira, José (2016) Derrota ideológica e vitória política. In: Público, 16. Jänner.

**Anmerkungen**

- 1 Übersetzung aus dem Portugiesischen von Joachim Becker
- 2 Wir möchten Júlio Marques Mota unseren Dank für seine aufmerksame Lektüre wie auch seine Vorschläge ausdrücken, die Argumente dieses Beitrages klarer und schärfer machten.
- 3 Die portugiesische Rechtskoalition wurde aus dem Partido Social Democrata (PSD) als Hauptkomponente und dem Centro Democrático Social – Partido Popular (CDS-PP) gebildet. Beide Parteien gehören im Europäischen Parlament zur Gruppe der Europäischen Volkspartei.